



Ratsfraktion

An die
Bürgermeisterin der Gemeinde Mettingen
Christina Rählmann und
den Vorsitzenden des Ausschusses
für Digitales und Medien
Thorsten Laske

Vorsitzender:
Christian Völler
Neuenkirchener Str. 79
49497 Mettingen
Telefon: 0160/90152889
christian.voeller@cdu-mettingen.de

Mettingen, 20.09.2023

Antrag zur Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Digitales und Medien:

- 1. Weiterentwicklung der Gemeindehomepage und Einführung einer Mettingen-App**
- 2. Entwicklung eines Leitbildes Digitalisierung und einer daraus abgeleiteten Digitalisierungsstrategie für die Gemeinde Mettingen**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Rählmann,
sehr geehrter Herr Laske,

die CDU Mettingen ist überzeugt: Die Digitalisierung ist, neben dem Klimawandel und der demographischen Entwicklung, eine der größten Herausforderung und Aufgaben, welche über die Zukunftsfähigkeit einer Kommune wie Mettingen mitentscheidet. Der für diesen „Megatrend“ zuständige Fachausschuss, der Ausschuss für „Digitales und Medien“, hat in diesem Jahr nur einmal, im Februar, getagt. Wir meinen, das ist zu wenig:

1. Bereits zur Haushaltseinbringung 2023 hatte die CDU-Fraktion vorgeschlagen, sich mit der Einführung einer sogenannten „Mettingen-App“ zu beschäftigen. Mit dem Ziel, durch einen verbesserten Informationsfluss Impulse für eine intakte Dorfgemeinschaft, zur Stärkung der Mettinger Wirtschaft und positive Außenwirkungen. Z.B. im Bereich Tourismus zu erreichen. Angeregt hatten wir u.a. den informellen Austausch mit den Verantwortlichen der katholischen Kirchengemeinde zu suchen, die gerade die Einführung ihrer „Agatha-App“ erfolgreich umgesetzt hatten.

Die CDU-Fraktion hat diesen Austausch inzwischen gesucht und dabei festgestellt, dass losgelöst von einem App-Angebot, zunächst die Gemeindehomepage überarbeitet werden muss, um diese anwenderfreundlicher und „aufgeräumter“ zu gestalten. Danach kann diese dann auch auf dem Smartphone gespiegelt und zu „Mettingen-App“ erweitert werden.



- Die CDU-Fraktion unterstützt daher den Verwaltungsvorschlag, noch in diesem Jahr einen zusätzlichen Ausschuss für Digitales und Medien zu terminieren und einen TOP **„Weiterentwicklung der Gemeindehomepage und Einführung einer Mettingen-App“** dort aufzunehmen.
2. Digitalisierung in der Verwaltung ist auf Dauer allerdings mehr als Homepage und App. So wird schon jetzt neben dem privaten Sektor, sondern auch der öffentliche Dienst mit Veränderungen konfrontiert. Die Einführung neuer Technologien kann dabei helfen, Verwaltungsprozesse bürgerfreundlicher zu gestalten, zu verschlanken und zu beschleunigen. In Zeiten von Fachkräftemangel in der Verwaltung ein wichtiger Aspekt. Dabei muss der Fokus parallel auch auf den Bedürfnissen und Bedenken bei den jungen und älteren Bürgern und den Mitarbeitenden in der Verwaltung liegen.
- Die CDU-Fraktion schlägt vor, die mit der KAAW in 2019 aufgestellte Digitalisierungsstrategie für Mettingen fortzuschreiben und beantragt folgenden TOP ebenfalls auf die Tagesordnung des Ausschusses für Digitales und Medien zu setzen: **„Entwicklung eines Leitbildes Digitalisierung und einer daraus abgeleiteten Digitalisierungsstrategie für die Gemeinde Mettingen.“** Einige Aspekte einer Digitalisierungsstrategie können der beigefügten Anlage entnommen werden.

Damit im Haushalt 2024 für beide Maßnahmen, Homepage / App und Strategie, ausreichend Mittel eingeplant werden können, sollte der Ausschuss noch in 2023 terminiert werden und diese Themen behandeln.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Völler'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'C'.

Christian Völler

Anlage



Anlage zum Schreiben vom 20.09.2023

Aspekte für eine kommunale Digitalisierungsstrategie

1. Digitalisierung zur Chefsache machen

Die Bürgermeisterin fungiert auf dem Weg zur digitalen Kommune als treibende Kraft. Als Leiterin der Verwaltung kann und muss sie den Veränderungsprozess in der Organisation aber auch in der Gesellschaft, in Gang setzen und begleiten. Es bedarf einer Person, die präsent ist und Richtlinienkompetenz hat. Digitalisierung als Querschnittsthema ist zentral und zugleich fachbereichsübergreifend zu platzieren. Der Antrieb der Gemeinde Mettingen und damit auch der Startschuss zu Veränderungsprozessen und Projekten muss Chefsache sein.

2. Kurz- bis mittelfristige Schaffung der Stelle eines Digitalisierungsmanagers

Digitalisierung als Querschnittsthema benötigt einen „Kümmerer“. Im Rahmen der Umstrukturierung und Neudefinition von digitalen Prozessen sollte in Mettingen zur Steuerung, Überwachung und Entwicklung der Digitalisierungsstrategie die Personalstelle für einen Digitalisierungsbeauftragten geschaffen werden, wie dies z.B. in Lotte oder Hörstel bereits geschehen ist. Dessen Aufgabenfeld umfasst die Durchführung einer Bestandsaufnahme nebst Prioritätensetzung in Verbindung mit einer Aufwand-Nutzen-Analyse. Der Digitalisierungsbeauftragte muss einen Fahrplan erarbeiten und daraus den Finanzierungsbedarf ableiten, der dann im Haushalt verortet wird. Hier könnte auch die Schaffung einer gemeinsamen Stelle mit einer Nachbarkommune angedacht werden.

3. Nutzer in den Mittelpunkt stellen

Nach außen gerichteten Angeboten der Gemeinde Mettingen, wie zum Beispiel Online-Bürgerservices, sind nutzerorientiert und benutzerfreundlich aufzubauen. Ebenso muss sichergestellt werden, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zusätzlich zu digitalen Services über die klassischen Kanäle mit der Verwaltung kommunizieren können. Gleichzeitig gilt es, nicht internetaffine Bevölkerungsgruppen mit den neuen Möglichkeiten vertraut zu machen. Dazu sind Informationsangebote für die Bürger notwendig. Hier hat die Gemeinde mit der Medienwerkstatt bereits kompetente Akteure vor Ort.

4. Finanzierung ermöglichen und rechtliche Hürden abbauen

Da Digitalisierung bislang als eine freiwillige Aufgabe der Kommunen gilt, mangelt es an finanzieller Unterstützung durch Land und Bund. Wenn Digitalisierung jedoch als eine kommunale Pflichtaufgabe definiert ist, können auch Bund und Länder stärker in die Verantwortung genommen werden. Hierzu ist es notwendig, dass die Kommunen gegenüber Bund und Land ihre Finanzierungslücken bei der Digitalisierung kommunizieren und ihren politischen Einfluss geltend machen. Zudem behindern unklare rechtliche Rahmenbedingungen die Digitalisierung der Kommunen. Nur unzureichend sind etwa die Folgen vollkommen neuer Prozessabläufe berücksichtigt, die sich durch eine Digitalisierung der Verwaltung ergeben. Auch wichtige Fragen des Datenschutzes sind ungeklärt. Diese Fragen müssen für die Gemeindeverwaltung geklärt werden. Hier könnte z.B. der Regionalrat Münster eine wichtige Rolle spielen.